



Grünes Bündnis
www.gbbern.ch

Nr.17 | Oktober 2014

grün.



Nationalrätinnen
gegen Ecopop!

stand • 1

Aline Trede und Regula Rytz
● **Eine Politik für statt gegen
die Menschen**

stand • 2

Stéphanie Penher
● **Budgetpolitik für eine
wachsende Stadt Bern**

stand • 3

Natalie Imboden
● **Schwerpunkt gemeinnütziger
& preisgünstiger Wohnungsbau**

Eine Politik für statt gegen die Menschen

Klar und deutlich hat die Delegiertenversammlung der Grünen im September die Ecopop-Initiative verworfen. Mit 106 zu 2 Stimmen lehnte sie die Abschottungsinitiative im «grünen Tarnmantel» ab. Anstatt AusländerInnen zu Sündenböcken für Umweltprobleme zu machen, muss endlich die Ressourcenverschwendung gestoppt werden. Dies ist der wirklich grüne Weg.



Das Ja zur SVP-Initiative am 9. Februar hat eine grosse Verunsicherung über die Rolle der Schweiz in Europa ausgelöst. Noch ist offen, ob der bilaterale Weg zu retten ist. Doch jeglicher Handlungsspielraum wäre weg, wenn die Ecopop-Initiative durchkommt. Diese hat die vollständige Isolation der Schweiz zum Ziel.

Ecopop bringt der Umwelt nichts

Ecopop will die Niederlassung von AusländerInnen in der Schweiz auf einen fixen Wert begrenzen und die Familienplanung in Entwicklungsländern in die Verfassung schreiben. Ein Blick auf den Initiativtext zeigt rasch, dass dies - entgegen den Versprechungen - keine einzige umweltpolitische Verbesserung bringt. Wer die Landschaft schützen will, muss bei der Raumplanung ansetzen. Wer das Klima schützen will, muss das Energiesystem umbauen und den Verkehr reduzieren. Hier würde Ecopop genau das Gegenteil bewirken. Denn mit der Initiative werden Niedergelassene durch GrenzgängerInnen ersetzt. Dies führt zu mehr Pendelverkehr und einer höheren CO2-Belastung.

Ecopop macht die anderen zu Sündenböcken

Auch das bevölkerungspolitische Ziel von Ecopop ist höchst umstritten. Wer in den Entwicklungsländern den Bevölkerungsdruck reduzieren will, muss nicht Kondome verteilen, sondern die Emanzipation der Frauen fördern und die Armut bekämpfen. Hier ist gerade die Schweiz wenig glaubwürdig, denn die globalen Konzerne in Zug, Genf oder Zürich machen ihre Profite auf Kosten der Ärmsten dieser Welt. Die Grünen haben ein umfassendes Argumentarium gegen Ecopop entwickelt (www.gruene.ch) und engagieren sich aktiv in der Nein-Kampagne.

Regula Rytz & Aline Trede, Nationalrätinnen Grüne

aktions.

● Jetzt Mitglied werden!

Unterstützen Sie uns darin, soziale und ökologische Politik zu betreiben und werden Sie Mitglied des Grünen Bündnis. www.gbbn.ch, info@gbbn.ch

Abstimmungen vom 30. November 2014

Stadt

- Produktgruppen-Budget

JA

National

- Volksinitiative *Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre*

(Abschaffung der Pauschalbesteuerung)

JA

- Volksinitiative *Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen* (Ecopop-Initiative)

NEIN

- Volksinitiative *Rettet unser Schweizer Gold*

NEIN



«Seit 2001 hat die Stadt Bern immer einen positiven Rechnungsabschluss vorgelegt (Ausnahme 2012: -8,2 Mio.). Mehrfacher Leistungsabbau hat das Eigenkapital auf 100 Mio. ansteigen lassen. Das Budget 2015 wird wohl ohne grossen Überschuss abschliessen, was aber auch nicht das Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik ist. Darum kann das GB das Budget zur Annahme empfehlen.»
Stéphanie Penher, GB-Stadträtin

Budgetpolitik für eine wachsende Stadt Bern

Der Gemeinderat legte dem Parlament ein Budget für das Jahr 2015 vor, das wegen Kürzungen von 13,7 Millionen Franken ausgeglichen erschien. Die GB/JA!-Fraktion wehrte sich erfolgreich gegen Kürzungen im Präventionsbereich, im Bildungs- und Integrationsbereich sowie bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Erfreulicherweise wächst die Berner Wohnbevölkerung – aber das Angebot muss mithalten. Im Gegensatz zur politischen Mitte hat das GB deshalb auch keine Taschenrechner-Finanzpolitik betrieben und wäre bereit gewesen, ein allfälliges Defizit mit dem anwachsenden Eigenkapital zu tilgen.

Erfolgos wehrte sich die Fraktion gegen die Streichung der Beiträge für zwei erfolgreiche städtische Arbeitsintegrationsangebote – das Textilatelier und die Bauteilbörse. Ebenso enttäuschend ist die knappe Ablehnung unserer Anträge gegen die Kürzung des Beitrags für die Beratung und Information der langjährigen Migrationsbevölkerung (ISA) und des Bei-

trags an die Dachorganisation der offenen Arbeit mit Kindern (DOK).

Erfolgreich konnte die Fraktion GB/JA! folgende Leistungen sichern: Die Ludothek Bern West bleibt erhalten und die Aufgabenhilfe erhält einen grösseren Beitrag. Es gibt keine Erhöhung des Elternbeitrages bei der Ferieninsel. Sparmassnahmen im Bereich Exkursionen und Schulreisen werden teilweise rückgängig gemacht. Das Projekt «Mein Körper gehört mir» zur Prävention von sexueller Gewalt wird fortgeführt. Schliesslich bekommen IV-Beziehende ohne Ergänzungsleistungen weiterhin eine Vergünstigung auf das Libero-Abo. Dies ermöglicht Menschen mit Behinderungen, die die Grenze der EL-Ergänzung knapp nicht erreichen, ein gleichberechtigtes Leben.

Stéphanie Penher, Stadträtin und Fraktionspräsidentin GB/JA!



«Verdichtetes und nachhaltiges Wohnen in der Stadt Bern ist gefragt. Dank der Initiative Für bezahlbare Wohnungen soll Wohnen für alle erschwinglich bleiben. Künftig wird ein Drittel der neuen Wohnungen bei Neueinzonungen preisgünstig und/oder gemeinnützig gebaut. Das klare JA an der Urne ist ein toller Erfolg und Ansporn für die künftige rot-grüne Wohnbaupolitik!»
Natalie Imboden, GB-Präsidentin

Schwerpunkt gemeinnütziger & preisgünstiger Wohnungsbau

Bei den städtischen Wahlen vor zwei Jahren konnte das GB zwei grosse Erfolge verbuchen: 10.4 Prozent WählerInnenanteil und ein Sitzgewinn – das beste Resultat seit der Gründung. Damit ist das GB zur drittstärksten Partei in der Stadt Bern geworden. Zudem wurde Franziska Teuscher in den Gemeinderat gewählt und das RotGrünMitte-Bündnis erreichte mit 59 Prozent das beste Resultat seit 1992. Eine Zwischenbilanz zur Legislaturhalbjahrzeit.

Eine wichtige Abstimmung fand über unsere Initiative «Für bezahlbare Wohnungen» statt. Die breite Unterstützung von 71.6 Prozent zeigt, dass rote-grüne Wohnbaupolitik bis ins bürgerliche Lager Unterstützung findet. Auch sonst ist die Stadt Bern innovativ: So gehört das Angebot für familienergänzende Kinderbetreuung auf die Spitzenplätze. Wichtig ist, dass Bern weiter in die Qualität der Angebote investiert. Für Schlagzeilen sorgte Bern mit einer Frauenquote von mind. 35 Prozent in der städtischen Verwaltung. Seit dem 1. November ist der neue Energierichtplan

in Kraft. Dass Bern eine offene Stadt ist, zeigt das neue Partizipationsreglement, das AusländerInnen mehr Mitsprache bringt. Das Reglement geht auf einen GB-Vorstoss zurück. Beeindruckend war auch die städtische Ablehnung der «Masseneinwanderungs-Initiative» mit 72.3 Prozent.

Handlungsbedarf hat die Stadt beim Veloverkehr. Das GB verlangt grünes Licht für eine regionale Zweiradpolitik. Dass eine rein städtische Perspektive nicht genügt, zeigt das regionale Nein zum Tram Region Bern. Es braucht eine stärkere regionale Zusammenarbeit und die Stadtregion Bern soll neu gegründet werden. Sozialpolitisch sind Bündnisse gegen den Kahlschlag bei den Verbilligungen der Krankenkassenprämien oder bei der Sozialhilfe notwendig.

Natalie Imboden, GB-Präsidentin, Grossrätin Grüne

Veranstaltungen

● Sonntag, 23. November, 15 Uhr Podium, 18 Uhr Film, 5ème Etage, Mühleplatz 11 (Matte), Bern

Gelebte Utopien!

100 Jahre kleiner Friede im grossen Krieg & 25 Jahre Armeesabbauinitiative: Gleich zwei friedenspolitisch bedeutsame Ereignisse gilt es im November 2014 zu würdigen.

Die GSoA tut dies mit einer Veranstaltung, die ein Podium, die Filmvorführung des Films «Merry Christmas» und eine Ausstellung zur Geschichte der GSoA umfasst. Mehr Infos: www.gsoa.ch

● 25. November – 10. Dezember, verschiedene Schweizer Städte

16 Tage gegen Gewalt an Frauen

Das Thema der diesjährigen Kampagne sind Eifersucht und Kontrollverhalten. In verschiedenen Schweizer Städten wird während 16 Tagen eine Vielzahl an Veranstaltungen zum Thema durchgeführt. In Bern finden unter anderem die Vorträge «Sexualität als Spielball der Politik» und «Polyamorie – ein Mittel gegen Eifersucht?» sowie ein HipHop-Gottesdienst statt und die Studie «HEAR OUR VOICES – Mädchenstimmen aus der Welt und der Schweiz» wird vorgestellt. Mehr Infos: www.16tage.ch.

Interna

● Die nächste GB-Mitgliederversammlung findet am Mittwoch, 26. November statt.

Arbeitsgruppen

Sekretariat

Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Stadt Bern auf Facebook:
<http://www.facebook.com/GruenesBuendnisBern>
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Frauenpolitik

6. November & 11. Dezember, Kontakt:
regula_buehlmann@bluewin.ch

Ökologie

Kontakt: fragroba@gmx.ch

Internationales und Migration

Kontakt: asancar@bluewin.ch

Wirtschaft

Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch

Bildungs- und Kulturpolitik

17. November, Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch

Leitender Ausschuss

12. November, Kontakt: info@gbbern.ch

Impressum:

Die Zeitschrift grün. für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.

Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Natalie Imboden, Sandra Julius, Johannes Künzler, Stéphanie Penher.

Fotos:

Anne Günter, Fabian Lütolf

Gestaltung:
transform.ch

Druck:

Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.

Redaktionsschluss grün.Nr.18:
4. Januar 2015

schluss.



Nico Lutz, GB-Mitglied

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern?

Genau so funktioniert die SVP. Im letzten Winter hat sie die ganze Schweiz zugepflastert mit Plakaten gegen die «masslose» Zuwanderung. Und schon so oft hat sie gegen die «Kuscheljustiz» gegenüber Bürgerinnen und Bürger ohne Schweizer Pass gewettert. Und wenn es um die Pauschalbesteuerung von ausländischen Millionären und Milliardären geht? Alles anders. Sie werden mit masslosen Steuergeschenken geradezu angelockt. Diese Superreichen verweigern die Steuern in ihren Herkunftsländern und verschanzen sich in der Schweiz. Wenn nicht illegal, dann zumindest absolut schäbig. Staatlich bewilligte Abzockerei

ist das. Nach dem Willen der SVP soll das so weitergehen. Die Superreichen dürfen ruhig weiter zuwandern – wohl auch massenweise. Die SVP ist so verrückt nach Geldhaufen wie die Fliegen nach dem Mist.

Nein. Unabhängig vom Pass sollen die Menschen in der Schweiz die gleichen Rechte und Pflichten haben. Und die MigrantInnen sind in der Schweiz nicht ein Teil des Problems, sondern der Lösung. Sowohl wirtschaftlich – kein Restaurant, kein Spital und keine Baustelle würde ohne Zuwanderung mehr funktionieren – als auch kulturell. Wir leben nicht mehr auf dem Rütli, sondern mitten in der Welt. Also: Weder Benachteiligung für Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne roten Pass noch Extrawürste für Superreiche – unabhängig von der Nationalität. Und mehr Ginseng für die gedächtnisschwache SVP – am besten masslos und massenweise.